

Die Party ist zu Ende

Eigentlich hätte es eine der größten Parties der Leipziger Szene werden müssen. Wenn zehn Jahre Conne Island kein Grund zum Feiern sind, dann gibt es keinen. Aber an dem entscheidenden Wochenende entstand der Eindruck, die Aussage, die Linke verstehe es immer noch die besseren Parties zu feiern, ist ein bedeutungsloser Mythos.

Zehn Jahre – als Krise

Erbärmlich. Anders läßt sich die Ausgestaltung des 15. bis 17. Juni durch das Conne Island und die Annahme der Angebote durch die Leipziger Szene nicht beschreiben. Von einer Party war nichts zu spüren. Zwar waren zahlreiche Leute mal vorbei gekommen, aber die große Zusammenkunft, die ein solcher Anlaß geboten erscheinen läßt blieb aus. Dabei waren die zehn Jahre Conne Island für viele in Leipzig ein Teil ihres Lebens. Aber weder waren die wahrnehmbar, die das Projekt in diesen zehn Jahren zu ihrem gemacht hatten, noch jene Massen an Leuten, die sich die Struktur für Politik und Kultur immer wieder zu eigen gemacht hatten, ohne gleich zum Teil der BetreiberInnencrew zu werden. Und das obwohl sie alle mit ihrem Anspruch, das Conne Island sei auch ihr Projekt, entscheidend für die Entwicklung der letzten zehn Jahre gewesen sind.

Eigentlich hätte erwartet werden dürfen, daß sie ihr – wenn auch vielleicht vergangenes Interesse – an einem solchen Datum zusammenbringt, obgleich von den OrganisatorInnen des Anlasses keine besondere Einladung ausgesprochen wurde. Denn auch wenn die direkten BetreiberInnen viel darüber entscheiden, was wie im Conne Island passiert, wenn ihnen – wie in diesem Fall von so vielen – alles allein überlassen worden wäre, das Conne Island wäre ein schlechteres geworden. Und genauso wenig, wie nachvollziehbar ist, daß weder Sentimentalität noch Neugier, die Ehemaligen und BenutzerInnen des Conne Islands zusammen brachte, läßt sich die absolut fehlende Wahrnehmbarkeit der BetreiberInnen des Conne Island verstehen. Wie muß es denn um die innere Struktur eines Ladens bestellt sein, wenn aus gegebenem Anlaß weniger BetreiberInnen zusammenkommen als bei manchem Konzert. Von dem Willen, gemeinsam zu handeln, war nichts zu spüren. Statt dessen überwog die gelangweilte Routine eines mäßigen Veranstaltungswochenendes.

Da vervollständigten die Absagen der ReferentInnen für die inhaltlichen Veranstaltungen nur das Bild eines lustlos zusammengeschusterten Events, dem es anzumerken war, daß ihn niemand wirklich wollte. Der wenige Enthusiasmus, der von Einzelnen doch noch in die Vorbereitung gerade der Auseinandersetzung mit der Geschichte des Conne Islands gesteckt worden war, ging so fast völlig unter. Und am Ende stellt sich die Frage, ob nicht das ausgebliebene Publikum sich einfach nur eine vorprogrammierte Enttäuschung erspart hat, was jenen mit wirklichem Interesse am

Ereignis auch zu wünschen gewesen wäre.

Trotz dieses negativen Gesamteindrucks, war das Wochenende jedoch nicht arm an Veranstaltungen. So fanden die Diskussionen zum Umgang des Conne Islands mit einem Restitutionsanspruch der Jewish Claims Conference und über die Bedeutung linker Zentren in der Gegenwart, wenn auch unter veränderten Bedingungen doch statt. So daß auch hier auffällig war, daß diejenigen, über deren Laden in diesen Diskussionen verhandelt wurde, nur äußerst vereinzelt anwesend waren. Darüber hinaus waren die Diskussionen aber auch mit anderen Problemen behaftet.

Links sein heißt betroffen sein

Begonnen wurde die Selbstbetrachtung des Conne Islands mit einem Vortrag zur fehlenden Thematisierung eines Anspruchs der Jewish Claims Conference auf Gebäude und Gelände des Eiskellers. (Sich auch die Dokumentation auf den folgenden Seiten.) Der Umstand dieses Anspruchs war bereits durch den Vertragsabschluß mit der Stadt vor zehn Jahren den Betrei-



berInnen bekannt und als Bedrohung des eigenen Bestands wahrgenommen worden. Trotzdem wurde eine Diskussion über die Bedeutung der Tatsache, daß ein sich selbst als antifaschistisch und links verstehendes Zentrum seine materielle Grundlage in unter Umständen „arisiertem“ Besitz gefunden hatte, nie geführt. Vielmehr wurde intern darauf vertraut, im Falle eines Falles den Erben Bedeutung und Notwendigkeit des Projekts vermitteln zu können oder, das Scheitern dieses Vorhabens vorausgesetzt, immer noch auf ein Beharren der Kommune auf ihrem Besitz gegen eine Entschädigungszahlung setzen zu können.

Als die Diskussion nun endlich geführt werden sollte, stellte sich zunächst heraus, daß die Angelegenheit an Brisanz verloren hatte, weil kein Fall von „Arisierung“ vorlag. In dieser Situation gab es zwei Möglichkeiten, die dennoch gewollte Diskussion zu führen. Entweder im Modus des „was wäre denn gewesen, wenn es anders ausgesehen hätte“ oder als Diskussion über die ausgebliebene Diskussion - genauer über die Ursachen dieses Ausbleibens. Dieser zweite Weg wurde von den beiden ReferentInnen aus dem Vorbereitungskreis der Veranstaltung gewählt.

Die angebotene Interpretation des Schweigens sah Gründe zum einen in der allgemeinen gesellschaftlichen Stille über die Vorteile, die Holocaust und Zwangsarbeit für die gesamte deutsche Bevölkerung brachte und die jetzt mit dem Tod der TäterInnen-Generation an die 68er als Erben übergehen, während eine ohnehin rein materielle Entschädigung, die diesen Namen verdient, weder im Westen noch im Osten stattgefunden hat. Zum anderen aber im politischen Anspruch sich als antinationale und anti-deutsche Linke aus dem Kollektiv der TäterInnen herauszudefinieren und sich damit potentiell auf die Seite der Opfer zu stellen, was dann auch eine Aneignung des „arisierten“ Besitzes für antifaschistische Politik und Kultur rechtfertigen sollte. Dies zusammen aber bedeute, daß mit der Diskussion auch die Frage vermieden worden sei, was die Grundlage einer antideutschen Linken sei und damit der Tatsache nicht ins Auge geblickt wurde, daß sich aus einem TäterInnenkollektiv doch nicht durch einen Akt der Deklaration austreten lasse.

So weit so gut. Schwierig wurde die Diskussion allerdings an den Punkten, an denen das Schema der Kritik an der Conne-Island-Linken verlassen werden sollte, um aus dem Vorgefallenen Konsequenzen zu ziehen. Schon der Frage, was denn der konkrete Inhalt einer Diskussion hätte sein müssen, wurde ausgewichen. Denn natürlich war allen klar, daß es sich um eine wirklich existentielle Frage gehandelt hätte. Schließlich ist ein Projekt wie das Conne Island nicht einfach in einen anderen Stadtteil verlegbar. Doch vor der Frage, ob also die Anerkennung deutscher Schuld, nicht auch materielle Konsequenzen hätte haben müssen, wurde zurückgeschreckt. Von Seiten der ReferentInnen wurde sogar betont, um diesen Aspekt sei es ihnen explizit in der Diskussion nicht gegangen, weil es ohnehin keine Lösung gäbe und das Ziel deshalb gewesen sei, die Spannung zwischen Anspruch und Wirklichkeit einer antifaschistischen Linken deutlich zu machen.

Dieses Ziel, das Gefühl für die Verstrickungen in ein

TäterInnenkollektiv und die Unzufriedenheit damit zu erzeugen, hieß also am Ende nur, den Satz: „Ich hasse es, eine Deutsche zu sein“, auszubuchstabieren. In einer Mischung aus moderater Publikumsbeschimpfung und ohnmächtiger Selbstbezeichnung sollte das ganze offensichtlich enden. Statt einer tatsächlichen Auseinandersetzung gab es dementsprechend auch nur Betroffenheitsbekundungen, die mehr als einmal den Eindruck erweckten, hier werde gegenüber einem Problem eine besonders bequeme Haltung eingenommen. Selbstbezeichnung ohne Konsequenzen. Und schließlich wurde das Ganze auf die Spitze getrieben, indem die Bezeichnungen individualisiert und entpolitisiert wurden. Einen konkreten Ausweg zu finden und links zu sein, stehe sich in einem solchen Fall einfach im Wege.

Damit war dann der Vorwurf der ReferentInnen unter ihrer eigenen Mithilfe durch die Diskussion gerechtfertigt worden. Nachdem die Mehrzahl des Publikums ihrer Betroffenheit Ausdruck verliehen hatte, konnten sich alle als (selbst)kritische Individuen fühlen, die aus ihrer Zugehörigkeit zum TäterInnenkollektiv keinen Hehl mehr machen und die materiellen Konsequenzen, die ihnen zum Vorteil gereichen, schweren Herzens annehmen, ohne daraus irgendetwas für ihr Handeln ableiten zu müssen. Daß die gegenwärtige Bewältigungsstrategie der Berliner Republik für den Nationalsozialismus nach einem ganz ähnlichen Schema abläuft, das ebenfalls zwischen den Lehren aus der Geschichte und einem



Bezug auf die deutsche Wirklichkeit eine radikale Trennung vollzieht, macht die Sache nicht verständlicher.

Was ist ein linkes Zentrum?

Nachdem also am Sonnabend Nachmittag die Bedeutung der Bezeichnung linkes Zentrum hinreichend verwirrt worden war, lieferte die Diskussion zu genau dieser Frage eine beschämende Fortsetzung. Absolut unvorbereitet und ohne die angekündigten Beiträge aus der Roten Flora in Hamburg und dem Mehringhof in Berlin, kam ein Gespräch nur schleppend in Gang. Das Publikum, welches auf Vorträge eingestellt war, sollte plötzlich die Hauptrolle spielen und gab sich, wie nicht anders zu erwarten, zunächst überfordert. Doch es fügte sich glücklich, daß am Ende doch Leute aus Berlin und Hamburg bereit waren, etwas über die beiden Projekte zu berichten.

Die Entwicklung der Hamburger Roten Flora vollzog sich im Schattens der Hafensstraße, was aber die Behörden nicht hinderte, ihr eine enorme Bedeutung für die Politik autonomer Gruppen in der Stadt zuzuschreiben, die den BetreiberInnen nicht selten übertrieben schien. Geplant als ein Stadtteilzentrum ohne BewohnerInnen, waren es die Auseinandersetzungen um die Antidrogenpolitik des Hamburger Senats im Schanzenviertel, die einen Bruch der Flora mit der traditionell grünwählenden Bevölkerung des Stadtteils herbei führten. Die staatliche Kampagne lief gegen die auf der Straße sichtbaren, verelendenden Junkies und stärker noch gegen die als schwarzafrikanisch definierte Gruppe der Dealer, die an diesem Elend schuld sein sollten. Damit wurde von einem Großteil der BewohnerInnen des Viertels eine rassistische Kampagne gegen dunkelhäutige Jugendliche unterstützt, die mit einer Verschärfung der Polizeikontrollen einherging. Schließlich wurde von der Bevölkerung sogar eine mobile Wache gefordert. Die Flora sah in dieser Situation ihre Aufgabe darin, einen gesellschaftskritischen Standpunkt einzunehmen. Den Sicherheitsdiskurs und die rassistischen Diskriminierungen zu unterlaufen und in der Drogenfrage klar Partei zu ergreifen, indem sie in ihrem Umfeld Platz für die von der Vertreibungspolitik Betroffenen zur Verfügung stellte. Gleichzeitig ging es ihr um eine Thematisierung der gesellschaftlichen Ursachen von Verelendung, der Bedeutung von Vertreibungspolitik und ein Vorgehen gegen den sich äußernden Rassismus. Daß damit der Rückhalt des Zentrums schwand, schien Anfang dieses Jahres zum Problem zu werden, als Räumungsdrohungen laut wurden und schließlich - nach einer Intervention der hanseatischen Handelskammer, welche die Flora als positives Ambiente für motivierte IT-ArbeiterInnen hervorhob - Verträge angeboten wurden. Aufgrund der besonderen Situation in Hamburg konnte dieses Angebot jedoch abgelehnt und sich auf eine weitere Besetzung des inzwischen vom Senat verkauften Gebäudes geeinigt werden.

Gegenüber dem Anspruch der Roten Flora, nach außen einen

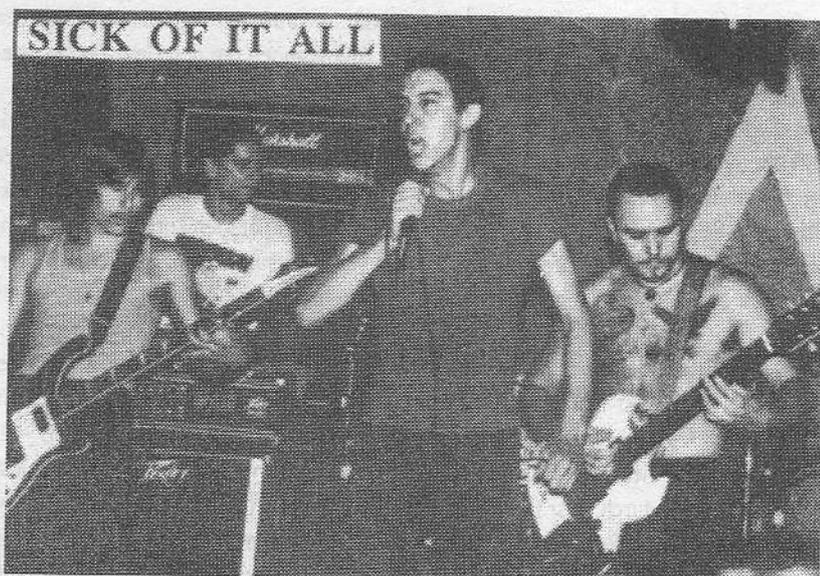
politischen Standpunkt und Kritik an den bestehenden Verhältnissen deutlich zu machen, war das Zentrum der Beschreibung des Mehringhof, dessen Bedeutung als selbstverwalteter Infrastruktur. Über lange Zeit war vor allem das Cafe Ex im Mehringhof ein Ort gewesen, an dem sich die lose organisierte Szene traf, um Informationen auszutauschen und Diskussionen zu führen. Wer Interesse an linksradikaler Politik in Berlin hatte, wußte im Ex immer einen sicheren Anlaufpunkt. Gleichzeitig wurde versucht die Sorge für den materiellen Erhalt des Projekts, was hauptsächlich den regelmäßigen Betrieb des Cafes bedeutete, auf die NutzerInnen zu verteilen. So wurde das Ex nicht von einer BetreiberInnengruppe geführt, sondern verschiedene Gruppen teilten sich in Betrieb und Nutzung. Daß dies nicht ohne Probleme ging, zeigte sich nicht erst als in diesem Jahr das Ex geschlossen werden mußte, weil das Betriebskonzept nicht aufgegangen war. Trotzdem wird im Mehringhof an den Idealen der selbstverwalteten Strukturen einer Szene für sich selbst festgehalten.



Vor diesem Hintergrund hätte auch der Charakter des Conne Islands deutlicher werden können. Herrscht doch auch hier der Anspruch Strukturen für kulturelle und politische Arbeit zur Verfügung zu stellen, die weitgehend selbstverwaltet genutzt werden, ohne daß die BetreiberInnen aber wie im Ex ganz verschwinden. Zum anderen wird in der Außensicht von Verfassungsschutz, Polizei und Stadtverwaltung das Conne Island als linksradikales Projekt wahrgenommen, dem auch Aktionen, wie etwa die Proteste gegen die Einweihung des Goederdenkmals, zugeschrieben werden. Gleichzeitig wird intern die immer stärkere Entpolitisierung des BetreiberInnenkreises beklagt, so daß sich eine erhebliche Differenz zwischen Binnen- und Außensicht auftut. Eine Entscheidung, wie die Rote Flora tatsächlich nach außen politisch wirksam zu sein, ist dabei im Conne Island nicht Stand der Diskussion. Ob darin aber nicht eine wesentliche Bedeutung der Zuschreibung linkes Zentrum liegen könnte, blieb in der Veranstaltung undiskutiert. Ebenso die Frage, welche Konsequenzen

ein solcher Schritt, so er denn gewollt wäre, für die Existenz des Projekts haben könnte. Zwar wurde immer wieder auf die unterschiedlichen Ausgangsbedingungen in Hamburg, Berlin und Leipzig verwiesen, aber genau ausgeführt wurden sie für Leipzig nicht. Statt einer solchen Diskussion über gewollte und mögliche Perspektiven einer Positionierung als linkes Zentrum, setzte eine andere Debatte ein. Gefragt wurde, ob das Projekt Conne Island nicht gescheitert sei, wenn die Kluft zwischen Kultur und politischem Anspruch immer größer werde. Insbesondere das Publikum genüge den politischen Erwartungen an es in keiner Weise. Und nachdem eine 15jährige auf der Jugendseite der LVZ Easy Aensee und Conne Island in einem Atemzug nannte, war die Ratlosigkeit besonders groß. Was kann über Kultur denn dann noch vermittelt werden?

Es bedurfte einer Stimme aus Halle um den Boden der Realität wieder in die Diskussion einzubringen. Offensichtlich hat der Alltag den Blick etwas für die Bedeutung eines Ortes wie dem Conne



Island vernebelt. Auch wenn nicht alle, die dort hingehen, Linksradikale sind und heute keine Subkultur mehr für sich berechtigt den Anspruch erheben kann, den perfekten Soundtrack zur Revolution abzugeben. War schon in der nachmittäglichen Diskussion das Verhältnis zwischen Anspruch und gesellschaftlicher Realität problematisiert worden, so wurde jetzt wieder behauptet Realität und Anspruch könnten nicht zusammengehen. Oder mit anderen Worten, ein linkes Zentrum sei nicht möglich. Dabei ist es eine Binsenweisheit, daß die gesellschaftliche Realität nicht schon dadurch ihren Einfluß verliert, daß ein besonders radikales Ideal vor sich her getragen wird. Vielmehr ist dieses Ideal doch die Richtung, in der es gilt, die Realität zu verändern und würde zwischen Anspruch und Wirklichkeit nicht trotzdem immer eine Lücke klaffen, der Kapitalismus wäre die beste aller Welten.

Was in zehn Jahren wirklich geschah

Ein Blick auf die zehnjährige Geschichte hätte dabei geeignet sein können, das Verhältnis von Anspruch und Wirklichkeit mit der durch den Anlaß gebotenen Distanz zu betrachten. Gelegenheit dazu gab es tatsächlich. War doch eine Diashow zusammengestellt worden, welche die Entwicklung nachzeichnete und der Text zu den Bildern unter dem Titel „Ein Streifzug durch zehn Jahre Conne Island“ (vgl. Klarofix 6/01) veröffentlicht worden. In dieser Geschichte des Conne Islands wird das Verfahren gerade umgekehrt, die Wahrnehmung der Behörden zum Selbstbild gestaltet, das Image als Wahrheit proklamiert. So wurden alle Highlights von Leipzigs radikaler Linken in direkten Bezug zur Existenz des Zentrums gesetzt. Ein Verfahren, das durchaus als Bekenntnis verstanden werden sollte und als solches auch seine Berechtigung hat, wenn es nicht zu dem Selbstmißverständnis führt, neben dem Conne Island habe es nichts gegeben.

Eine Vermutung die aus dem traditionell gespaltenen Verhältnis auf der Insel zum Rest der Szene rührt. Die Art und Weise, wie diese Distanzierung von der Szene im Rückblick dargestellt wird, verursacht auch das meiste Unbehagen. Von verpaßten Diskussionen ist nicht die Rede. Vielmehr wird die eigene Position zur Avantgarde stilisiert und das Problematische der eigenen Position als bewußte politische Entscheidung verkauft. Dabei können viele der Brüche nur stark schön in eine solche Interpretation eingepaßt werden. Wenn etwa von Besuchern der Glatzenkonzerte angezettelte Schlägereien im Kiez als bedeutungslos bagatellisiert werden, weil Probleme damit nur haben kann, wer von allgemeiner Ruhe und Befriedung träumt, setzt sich eine Haltung fort, die weder von der Auseinandersetzung mit der Szene noch der Bereitschaft zur Kooperation gekennzeichnet ist. Auch die Lösung von einem Kulturverständnis, daß von der sich selbst als politisch verstehenden Sub-

kultur Hardcore geprägt war, wird äußerst lax behandelt. War bis dahin die Verbindung von Politik und Kultur unproblematisch, mußte ab dem Niedergang der Hardcorebewegung dieser Zusammenhang konstruiert werden. Doch mit der zunehmenden Aufnahme der Subkulturen in die kulturindustrielle Verwertung, erwiesen sich all diese Konstruktionen als brüchig. Im Streifzug durch die Geschichte wird die Akzeptanz von Sponsoring u.ä. aber als befreiender Bruch mit Tabus des Szeneghetts gefeiert. Dabei ist es doch die zunehmende Trennung von Politik und Kultur, die innerhalb des Conne Islands mehr und mehr für Sorgen sorgt. Daß für die Nachhaltigkeit mit der diese Befürchtungen vorgebracht werden, die Verbindung erstaunlich stabil ist, sollte nicht verschwiegen werden. So demonstrieren immer wieder KulturaktivistInnen Interesse für die Themen der politischen Gruppen, die ihrerseits auch dankbar zur Kenntnis nehmen, nicht auf den Konsum von traditionell links codierten Musikparten festgelegt zu werden.

Wo spielt die Musik? Wo bleibt das Positive?

Wenn das Conne Island wohl auch nie wieder auf eine kulturelle Strömung festgelegt werden kann, bleibt sein Interesse für funktionierende Szenestrukturen der einzelnen Kultursparten doch positiv. Einige Aspekte von Subkultur sind auch heute noch sehr attraktiv. Das Gefühl einer Gemeinsamkeit, die sich in ähnlichen Ansichten, gemeinsamen Zielen und einer grundlegenden Übereinstimmung äußert, kann auch heute noch Grundlage für ein weitergehendes Engagement sein. Wer Torch anlässlich der Zehnjahresfeier gesehen hat, konnte nicht umhin, auch der Community vor der Bühne Aufmerksamkeit zu schenken, die durchaus das Potential hat mehr zu wollen als nur die Beschäftigung mit „Geld oder Sex“.

Gegenwärtig sind die Aussichten für einen kritischen Aufbruch innerhalb der Subkulturen noch mager und der richtige kulturelle Bezugsrahmen kommt gerade mehr denn je abhanden, aber zum 15jährigen kann sich das schon wieder ganz anders entwickelt haben. Schließlich ist durchaus ein gewisser politischer Input etwa im HipHop immer wieder zu beobachten und ob er sich nicht doch gegen die allgemeine Belanglosigkeit irgendwann Bahn bricht ist noch nicht entschieden.

Doch bis zum 15jährigen Jubiläum müssen erst einmal die nächsten Schritte gegangen werden. Das zehnjährige hat offenbart, daß es unumgänglich ist, die internen Probleme der BetreiberInnencrew endlich offensiv anzugehen. Wer sich die Zeit nahm deren lange Gesichter während der Feierlichkeiten zu studieren, sollte die Hoffnung haben, daß der Leidensdruck für einen solchen Diskussionsprozeß endlich groß genug ist.

Doch auch jene, die das Conne Island mit ausmachen, ohne zur Belegschaft im engeren Sinn zu gehören, sollten in dieser Situation klar machen, daß das Conne Island ihr Projekt ist. Daß sich das Interesse am Laden nicht immer in eine direkte und permanente Beteiligung umsetzen kann, sollte eigentlich klar sein, daß aber im Zweifelsfall niemand bereit wäre, das Conne Island und seinen Anspruch, ein linkes Zentrum für Politik und Kultur zu sein, aufzugeben, auch.

amo



Im Conne Island wird sich an diesem Wochenende die eigene Geschichte vergegenwärtigt. Zufrieden kann auf 10 Jahre zurückgeblückt werden, in der es sich zu einem bedeutenden Zentrum linksradikaler Politik und Gesellschaftskritik entwickelt hat. In den Artikeln, die die Geschichte des Conne Islands anlässlich des 10jährigen Bestehens nachzeichnen wird dargestellt, an welchen Diskussionen entlang und durch welche Ereignisse sich diese Entwicklung vollzogen hat.

Als Ort, an dem sich verschiedene Projekte in gesellschaftskritischer Absicht entwickelten, war es gleichzeitig der Ort an dem viele der Diskussionen geführt wurden, die für die politische Entwicklung der radikalen Linken in Leipzig entscheidend gewesen sind.

Somit verstand sich das Conne Island seit seinem Bestehen als antifaschistisch, antirassistisch und im Laufe der Jahre auch immer mehr als antideutsch.

U.a. machten die Wohlfahrtsausschüsse hier Station und sorgten für erste Diskussionen zur Kritik an der noch frischen Wiedervereinigung der beiden deutschen Nachkriegsstaaten und der neuen deutschen Identität. Und schließlich wurde im Laufe der weiteren Jahre zu den verschiedensten Anlässen die Diskussionen um den Umgang des wiedervereinigten Deutschlands mit der nationalsozialistischen Vergangenheit geführt. Insbesondere aus einem antideutschen Selbstverständnis, daß in Leipzig wohl von weiten Teilen der radikalen Linken geteilt wird, wurden die deutschen Gedenkfeierlichkeiten zum Bombenabwurf über Dresden kritisiert. Die Gleichsetzung Dresdens mit Coventry, der Versuch einem deutschen Opfermythos einmal mehr zu etablieren, wurde eine klare Absage erteilt. 1995/96 entstand einer der ersten Antifa-Aufrufe anlässlich des Nazi-Zentrums in Wurzen, der über acht Seiten hinweg die Analyse eines Post-NS-Deutschlands mit latenten Rassismus und Antisemitismus mit einbezog und damit weit über die obligatorischen „gegen Nazis“-Attitüden hinausging. Der Begriff des „Rechten Konsens“ setzte sich so durch. Als 1999 dem ehemaligen Oberbürgermeister Goerdeler ein Denkmal gesetzt wurde, griff die antideutsche Haltung erneut; gegen die Ehrung des Antisemiten der Stadt Leipzig wurden Proteste organisiert. Weitere Veranstaltungen zum Thema Kritik deutscher Verhältnisse fanden immer wieder hier statt.

Gerade durch die wechselseitige Beeinflussung des Ladens und der verschiedenen linksradikalen Gruppen, die hier ihre ‚Heimat‘ fanden (Auf die Besondere Bedeutung, die das Wort Heimat hier spielt, ist noch hinzuweisen!), führte dies für das Conne Island zu einem Konzept der „Verweigerungshaltung“ – so in einer Einschätzung über die politische Bedeutung des Conne Islands (anlässlich des 10jährigen Bestehens) – mit dem man sich von den deutschen Verhältnissen und der deutschen Öffentlichkeit abgrenzen wollte. Alles in allem kann der Laden wohl als eines der wenigen bundesweiten Zentren gelten, in denen eine so enge Bindung zwischen den bedeutenden politischen Diskussionen der radikalen Linken und dem Projekt bestand.

Eine vehemente Veränderung des Bildes vom Conne Island ergibt sich allerdings, wenn man sich vor Augen hält, daß *zeitgleich* zu jener Entwicklung von 1991 bis 1995 ein Restitutionsanspruch der Jewish Claims